

Die Senioren stehen im Zentrum

Die Alterspolitik soll in den Gemeinden mit einer neuen Strategie vorangetrieben werden.

Raphael Karpf

Gibt es genügend altersgerechte Wohnungen? Werden Aktivitäten für ältere Leute angeboten, und sind diese bekannt? Kann die Spitex ihren Auftrag erfüllen? Wenn von Alterspolitik in den Gemeinden geredet wird, dann geht es nicht nur um genügend Altersheimplätze, sondern um die verschiedensten Themen. Manche Gemeinden haben sich bisher mehr damit auseinandergesetzt, andere weniger, und überall sind die Bedürfnisse unterschiedlich.

Was im Kanton Solothurn bisher fehlte, war eine einheitliche Strategie. Eine Art Anleitung für die Gemeinden also, wie und wo sie überall aktiv werden könnten (oder sollten). Von verschiedener Seite sei dies bereits kritisiert worden, sagt Thomas Blum, Geschäftsführer des Einwohnergemeindeverbands VSEG. Und so ist man aktiv geworden. Der VSEG hat zusammen mit Kanton, Pflegeinstitutionen und Altersverbänden die Strategie entwickelt, vergangene Woche wurde sie den Gemeinden vorgestellt.

Eine Art Kochbuch solle sie sein, sagt Blum. Die Gemeinden können darin blättern, schauen, was für sie passt, und finden dann die entsprechenden Rezepte. Und weil die Alterspolitik ein so breites Feld ist, deckt die Strategie auch gleich sechs verschiedene Themengebiete ab. Diese reichen von Mobilität über Wohnformen, Pflege bis hin zu Gesundheitsförderung und Prävention.

Dass Handlungsbedarf besteht, ist unbestritten. Gerade in kleineren, ländlichen Gemeinden ohne eigenes Altersheim



Seniorenaktivitäten sind eine Möglichkeit, die soziale Integration von älteren Menschen zu verbessern.

Bild: Sandra Ardizzone

war das Thema Alterspolitik bisher noch eher weit weg, sagt Blum. «Aber nun beginnt der Prozess. Für mich ist die Strategie der Start einer Altersplanungsdiskussion in den Gemeinden.»

Der Kostendruck auf die Gemeinden steigt

Wieso gerade jetzt? Das hat verschiedene Gründe. Zum einen ist der Kanton dabei, eine Versorgungsplanung Alters- und Langzeitpflege zu erstellen. Dabei geht es vor allem um strate-

gische Entscheide, wo (in welchen Regionen) wie viele und welche Ressourcen investiert werden sollen. Das ist zwar ein eigenes Geschäft, hat inhaltlich aber natürlich viel mit der Altersstrategie zu tun. Das Timing passte also.

Dazu kommt die Kostenfrage. Die Bevölkerung wächst und wird immer älter, die Kosten für Betreuung und Pflege von Seniorinnen und Senioren steigen. Es steigt also auch der Druck auf die Gemeinden, hier aktiv zu werden. Gerade mit verstärkter

Prävention oder mehr betreuten Wohnformen als Übergangslösung vor dem Heimeintritt sollen Kosten gesenkt oder zumindest im Griff gehalten werden können.

Pro Senectute hilft bei diesem Prozess

Nun sind solche Projekte, wie es in den Gemeinden eigentlich immer der Fall ist, eine Ressourcenfrage. Sind überhaupt Zeit und Geld vorhanden, diese Strategie nun umzusetzen? «Man muss nicht immer alles

neu erfinden», sagt Blum. Auch das ist eines der Ziele der Strategie: die Gemeinden in diesen Fragen mit regionalen Plattformen noch besser zu vernetzen. Dass solche, die sich bisher noch nicht so sehr mit dem Thema beschäftigt haben, von anderen, die bereits weiter sind, manche Dinge abschauen können. Und dann ist da auch noch die Pro Senectute, welche die Altersfreundlichkeit von Gemeinden analysiert und auswertet. Auch diese Umfragen geben Gemeinden Hilfestellungen, wie und wo sie noch aktiv werden könnten.

Ein Monitoring ist geplant

Nun ist diese Strategie hauptsächlich eine Hilfestellung für Gemeinden. Und kein verbindlicher Befehl, dort oder dort aktiv zu werden. Trotzdem ist vom VSEG ein Monitoring geplant, um zu beobachten, wie sich die Gemeinden entwickeln, wo sie in der Alterspolitik in einigen Jahren stehen oder eben auch nicht. Für Blum ist aber klar: «In den nächsten drei Jahren wird sehr viel passieren in den Gemeinden.» Wegen der gesellschaftlichen Entwicklung, nicht zuletzt aber auch wegen der Entwicklung der Kosten im Altersbereich.

Übrigens: Die Strategie dürfte nicht nur die Gemeinden, sondern auch Altersheime und Spitex-Organisationen interessieren. Müssen diese doch erkennen können, in welche Richtung und mit welchen Massnahmen die Gemeinden planen. Blum: «Hier ist mit Sicherheit eine neue Strategie (ambulant mit stationär) als eine vertiefte, gemeinsame Zusammenarbeit anzustreben.»

Die sechs Handlungsfelder der Altersstrategie

1. Wohnen

Wenn Menschen länger zu Hause oder in betreuten Wohnformen leben, kommt das deutlich günstiger, als wenn sie ins Altersheim gehen. Tatsächlich hat jeder oder jede Sechste im Altersheim nur einen geringen Pflegebedarf und könnte mit etwas Unterstützung gut auch anderswo leben. Vorgeschlagene Massnahmen sind hier darum, das Angebot an altersgerechtem Wohnraum, insbesondere Formen des betreuten Wohnens, aktiv zu fördern. Auch sollen Seniorinnen und Senioren dabei unterstützt werden, von zu grossen Einfamilienhäusern in altersgerechte Wohnungen umzuziehen.

2. Mobilität und öffentlicher Raum

Ältere Menschen sind in der Regel weniger und lokaler unterwegs, oftmals zudem nicht mehr mit dem Auto. Wichtig sind also Fahrdienste, hier werden im Lei-

mental und in anderen ländlichen Regionen Mängel festgestellt. Auch ein gutes ÖV-Angebot ist zentral. Vorgeschlagene Massnahmen sollen insbesondere der Sicherheit im Verkehr dienen, etwa hindernisfreie ÖV-Haltestellen oder Strassenquerungen mit niedrigen Randsteinen. Auch öffentliche Toiletten und ausreichende Beleuchtung und Sitzgelegenheiten können helfen, den öffentlichen Raum altersfreundlich zu gestalten. Und schliesslich wird auch vorgeschlagen, Fahrdienste durch Leistungsvereinbarungen mit den Anbietern zu vergünstigen.

3. Soziale Integration und Partizipation

Insbesondere ab 75 nimmt die soziale Integration ab, gleichzeitig hat Einsamkeit negative Folgen auf die psychische wie auch physische Gesundheit. Schon heute gibt es Angebote – Seniorengruppen, Ortsvereine, auch Pro Senectute bietet Aktivitäten an –, diese könnten aber noch

weiter unterstützt werden, indem beispielsweise Räume zur Verfügung gestellt werden. Auch generationenverbindende Anlässe werden vorgeschlagen, ein gemeinsamer Mittagstisch etwa, ein Kitabesuch im Altersheim oder Ähnliches. Und schliesslich ist auch ein Seniorenrat eine Möglichkeit, um die Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren gegenüber den Behörden besser zu vertreten.

4. Gesundheitsförderung und Prävention

Die Rechnung ist relativ einfach: Je gesünder jemand im Alter ist, desto höher ist die Lebensqualität und desto tiefer sind die Kosten für die Allgemeinheit. Auch hier gibt es bereits heute verschiedene Angebote wie Altersturnen, Seniorenschwimmen oder Ähnliches. Auch hier der Vorschlag: Diese Angebote unterstützen und bekannter machen. Ein weiterer Vorschlag ist, Spazierunden aufzuwerten, indem etwa Sitzgelegenheiten

oder Outdoor-Fitnessgeräte installiert werden.

5. Information und Beratung

Das Internet vereinfacht vieles, hat aber auch einen digitalen Graben zwischen älteren Leuten und dem Rest der Gesellschaft geöffnet. Umso wichtiger sind Anlaufstellen für Altersfragen in den Gemeinden. Ein Vorschlag ist, Fragen und Infos zum Thema auf der Gemeindeforum möglichst einfach darzustellen, am besten in einem eigenen Bereich, der mit wenigen Klicks erreichbar ist. Darüber hinaus werden aber auch Infos in Magazinen, im Anzeiger oder an Veranstaltungen vorgeschlagen. Und auch eine gemeindeeigene Anlaufstelle Alter kann geschaffen werden – wo dies möglich ist.

6. Pflege und Betreuung

Der Trend ist klar: Der Bedarf nach Pflege und Betreuung im Alter wird weiter zunehmen. Sowohl stationär, hier wird eine

bessere Vernetzung vorgeschlagen, um das Angebot an Alters- und Pflegeheimplätzen besser planen zu können. Insbesondere aber ambulant. Hier soll die Rolle der Spitex weiterentwickelt werden, dass beispielsweise ein 24-Stunden-Notruf gewährleistet und die Angebotspalette erweitert wird. In diesem Zusammenhang soll geprüft werden, ob Fusionen von Spitex-Organisationen notwendig sind, oder ob ambulante und stationäre Pflegeanbieter sich gleich gemeinsam unter einem Dach organisieren sollen. Das Ziel: Möglichst viele Menschen möglichst lange ambulant zu behandeln, bevor der Übertritt ins Altersheim folgt. Auch pflegende Angehörige sollen in diesem Zusammenhang unterstützt werden. Durch Haushaltshilfen etwa, mit Beratungsangeboten, aber auch durch finanzielle Unterstützung. Und nicht zuletzt wird der Fachkräftemangel thematisiert, hier werden mehr Ausbildungsplätze und bessere Arbeitsbedingungen verlangt. (rka)